



Landespolitischer Bericht

der SPD Landtagsabgeordneten, Innenpolitischen Sprecherin und stellv. Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion

Nancy Faeser

Mai 2010

Inhalt:

Bericht über meine Arbeit im Hessischen Landtag

1. Fraktion und Fraktionsvorstand

2. Innenausschuss

- Rechtsextremismus
- Datenschutz
- Körperscanner
- Mobbingfälle in der hessischen Polizei
- Landesbeauftragter für die hessische Polizei
- Kinderpornographie / Netzsperrn
- 400 Millionen Sonderopfer für Kommunen
- Polizeichef-Affäre um Innenminister Bouffier

3. Justizvollzug und Rechtspolitik

- Strafvollzugsgesetz
- Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften
- Haus des Jugendrechts
- Wolski-Affäre

4. Außerparlamentarische Arbeit

- Teilnahme am Internationalen Besucherprogramm der Vereinigten Staaten
- Kommunalpolitische Runde
- Botschafterin für die Petra-Lustenberger-Stiftung in Hochheim

5. Allgemeiner landespolitischer Bericht

- Steuerfahnder-Affäre
- Nachtflugverbot / Fluglärmstudie / Enquete „Fluglärm“
- Gesetz zu Erneuerbaren Energien
- Bildung – Änderung des hessischen Schulgesetzes
- Gründung des Eintracht-Fanclub Hessischer Landtag

Bericht über meine Arbeit im Hessischen Landtag

1. Fraktion und Fraktionsvorstand

stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Der Fraktionsvorstand besteht neben dem Vorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel, dem parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Günter Rudolph und Lothar Quanz als Vizepräsident des Hessischen Landtags weiter aus sechs Stellvertretern.



Der SPD-Landtagsfraktion gehören 29 Abgeordnete an. Unter www.spd-fraktion-hessen.de informiert die SPD-Fraktion aktuell über ihre Arbeit im Landtag. Dort finden sich auch alle Presseerklärungen und weiterführende Informationen zu landespolitischen Themen.



2. Innenausschuss

Innenpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion

Dem Innenausschuss gehöre ich seit Juni 2005 an. Seit Februar 2009 bin ich Innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion.

Einführung

Der Innenausschuss befasst sich mit Angelegenheiten der Kommunen, der Regionalreform, der Polizei, des Brand- und Katastrophenschutzes, des Verfassungsschutzes, des Personalwesens, der Ausländerpolitik, des Sports und des Datenschutzes.



Rechtsextremismus

Bereits im Juni 2009 hatte ich ein neues Verbotverfahren gegen die NPD im Landtag gefordert. Im September forderten wir den hessischen Innenminister auf, seinen Widerstand gegen das NPD-Verbot aufzugeben, nach dem gerade sein bayerischer Amtskollege Herrmann von der CSU einen neuen Anlauf zu einem Verbot der rechtsextremen Partei gestartet hat. Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, dass die NPD die demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft. Aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen stellt die NPD eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie dar. Bisher waren es lediglich die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, die diese Einschätzung teilten. Um so mehr begrüßt die hessische SPD gerade den Vorstoß der CSU in Bayern und nun auch die Initiative des sächsischen Innenministers (CDU). Bestätigt in dieser Einschätzung wurden wir leider gerade in den vergangenen Monaten in Nordhessen, wo die Übergriffe und die Gewaltbereitschaft von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene dramatisch zunehmen. In der Plenarsitzung Ende März habe ich eine Anhörung im Innenausschuss gefordert, die sich mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und – radikalismus in Hessen beschäftigen und Maßnahmen aufzeigen soll, die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen erforderlich seien. Diese Anhörung wird vermutlich bald stattfinden.



Datenschutz

Das 17. Datenschutzforum im Oktober 2010 hat wieder belegt, dass Hessen als einstiges Stammland des Datenschutzes mittlerweile den Anschluss im Verhältnis zu den anderen Bundesländern verloren hat und im internationalen Vergleich eine nur noch nachgeordnete Rolle spielt. Das liegt unter anderem daran, dass die Landesregierung sich in weiten Teilen gegen eine Fortentwicklung des Datenschutzes gesperrt hat. Der Vorschlag der SPD zur Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie und der Schaffung einer unabhängigen Stelle zur Kontrolle des Datenschutzes im privatrechtlichen Bereich wird von CDU und FDP abgelehnt. Unsere Fraktion unterstützt die Forderung des Hessischen Datenschutzbeauftragten, Professor Ronellenfitsch, den öffentlichen und privaten Datenschutz in Hessen zusammenzulegen. Wir sehen uns durch Prof. Ronellenfitsch auch in unserer Kritik an Innenminister Bouffier im Bezug auf die höchstrichterliche Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Unabhängigkeit der Datenschutzkontrolle im privaten Bereich bestätigt. Das Urteil ist Startschuss, das Gesetzgebungsverfahren wieder aufzugreifen und unseren Gesetzentwurf nun endlich zu beschließen, damit dem Datenschutz in seinem einstigen Mutterland nicht länger der Makel der Rechtswidrigkeit



anhaltet. Gespräche mit der politischen Konkurrenz haben ergeben, dass unser Gesetzentwurf Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Körperscanner

Ende vergangenen Jahres kam die Diskussion um den Einsatz von so genannten Körperscannern oder auch Nacktscannern an Flughäfen anlässlich eines versuchten Anschlags in den USA wieder auf. Ich habe damals vor überstürzten Entscheidungen gewarnt. Zum einen ist für sorgfältige Kontrollen zunächst einmal ausreichendes und gut geschultes Personal erforderlich. Zum anderen muss vor dem Einsatz solcher Geräte, die einen massiven Eingriff in die Privatsphäre darstellen, geprüft werden, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Im Landtag ist das Thema umstritten. Die Regierungsparteien sprechen sich dafür aus, die Oppositionsparteien sind skeptisch. Wir fänden es besser, nach israelischem Vorbild gut ausgebildete und gut bezahlte Sicherheitsbeamte einzusetzen, die die Passagiere überprüfen. Bisher wird diese Arbeit vorwiegend von privaten Sicherheitsfirmen übernommen, deren Mitarbeiter auf dem Niedriglohnsektor arbeiten.



Mobbingfälle in der Hessischen Polizei

Zu Beginn des Jahres häuften sich die Klagen von hessischen Polizeibeamten wegen ungerechtfertigter Disziplinarverfahren und fragwürdiger ärztlicher Begutachtungen. Den Innenminister forderten wir seitens der SPD Landtagsfraktion daraufhin auf, im Ausschuss dazu Stellung zu nehmen. Volker Bouffier konnte diese Vorwürfe weder ausräumen noch aufklären. Bereits im September hatten wir als einzige Fraktion einen umfangreichen Berichtsantrag hierzu gestellt, der erst im Februar vom Minister beantwortet wurde. Unterdessen werden immer weiter Fälle von Mobbing bekannt. Aus verständlicher Angst vor Repressalien wollen die Betroffenen meistens anonym bleiben. Dies kann man verstehen, zumal die Erfahrung leider gezeigt hat, dass Beamte, die mir öffentlich einige Fälle schilderten, später mit Disziplinarmaßnahmen überzogen wurden. Ich möchte zwar nicht von einem Mobbingssystem in den Dienststellen sprechen, aber feststeht, dass Vorgesetzte mit Kritik aus den eigenen Reihen sehr harsch umgehen.

Landesbeauftragter für Polizei

Die zahlreichen Mobbingfälle gaben mir Anlass, Ende April die Schaffung eines Landespolizeibeauftragten zu fordern. Dieser soll Ansprechpartner für die Bediensteten der Polizei sein, an den sie sich vertrauensvoll wenden können. Die Eingaben beim Landespolizeibeauftragten könnten die gesamte Bandbreite des polizeilichen Alltags umfassen. Dies betreffe dienstliche, soziale und auch persönliche Probleme. Der oder die Landespolizeibeauftragte werde nach Vorschlag der SPD beim Hessischen Landtag angesiedelt und agiere insoweit unabhängig von den hierarchischen Strukturen der Polizei und unabhängig vom Innenministerium. Das Bedürfnis nach einer Art Ombudsstelle für die Polizei ist groß und der Vorschlag der SPD ist bei allen Polizeigewerkschaften auf großes Interesse und positive Resonanz gestoßen.

Kinderpornographie / Netzsperrn

Nach der monatelangen Diskussion um das umstrittene Netzsperrengesetz der damaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen, hat die SPD Landtagfraktion im Januar 2010 eine SPD-Expertenanhörung zu dem Thema durchgeführt. Alle Sachverständigen haben einhellig für ein „Löschen vor Sperren“ plädiert. Netzsperrn werden Kinder nicht vor Missbrauch schützen, sind für die Bekämpfung von Kinderpornographie



ineffektiv und greifen in die Grundrechte der Internetnutzer ein. Jetzt sind andere präventive Maßnahmen gefragt. Es geht darum, die Täter zu jagen, die Kinder zu furchtbaren Dingen zwingen. Es werden regionale Präventionsprogramme und Anlaufstellen benötigt für Menschen mit Präferenzstörung, bevor jemand zum Täter wird. Hierzu wurde auch im Besonderen eine Initiative der Charité in Berlin vorgestellt unter dem Namen „Kein Täter werden. Auch nicht im Netz“, die kostenlose Hilfe unter Schweigepflicht für Menschen mit Präferenzstörung anbietet.

400 Millionen Sonderopfer für Kommunen

Die von der Landesregierung im Juli vergangenen Jahres angekündigten 400 Mio. € Kürzung für die Kommunen ab 2011 wird von Seiten der SPD Landtagsfraktion aufs Heftigste kritisiert. Wir haben sofort reagiert und eine Kampagne gestartet unter dem Motto „Weniger ist Nix – Kein Spielraum für Sonderopfer“. Sinnbildlich stellt das für diese Kampagne gebaute „Mahnmal gegen Kommunalfeindlichkeit“ einen auf einem Sockel zusammengesunkenen Hessenlöwen dar, der schlaff und abgemagert nur wenig Ähnlichkeit mit dem stolzen Wappentier des Landes hat. Das Ziel dieser Kampagne ist, dass die Hessische Landesregierung die ab dem Jahr 2011 vorgesehenen Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich von



400 Mio € zurücknimmt. Mit weiterem Informationsmaterial werden die Folgen der „Operation Düstere Zukunft II“ plastisch dargestellt: ein Schwimmbad ohne Wasser, ein Feuerwehrfahrzeug mit abgeschnittener Drehleiter oder ein Fußballverein ohne Ball. Vom Vereinsleben über die sozialen Angebote bis hin zu den Investitionen- alle Teile des kommunalen Lebens werden leiden, wenn die Landesregierung ihre ungelösten Haushaltsprobleme auf die Kommunen schiebt. Wir haben uns letztes Jahr in der Hofheimer Innenstadt an der Aktion beteiligt.



Polizeichef-Affäre um Innenminister Bouffier

Der Innenminister macht seit Monaten von sich reden. Sei es durch immer wieder aufkommende Fälle von Mobbing-Anschuldigungen innerhalb der Polizei, oder umstrittene Personalentscheidungen in seinem Bereich. So holte der Minister erst Anfang diesen Jahres einen hoch umstrittenen CDU-Mann aus Thüringen als Vizepräsidenten des Landespolizeipräsidiums nach Hessen. Das Fass zum Überlaufen bringt die aktuelle Affäre um Polizeichef Langecker, ein alter CDU-Parteifreund, den der Hessische Innenminister zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei machte und damit ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes ignorierte.

Aufgedeckt wurde dieser Skandal durch eine Tageszeitung, die herausgefunden hatte, dass der Minister damit glatten Rechtsbruch begangen hat. Die Opposition hat daraufhin Akteneinsicht beantragt, die ihr Mitte März diesen Jahres gewährt wurde. Präsentiert wurden uns wenige, unsystematische, teilweise nachträglich gefertigte Belege, aus denen klar hervorgeht, dass das erste Auswahlverfahren um die Personalie nicht ordentlich abgeschlossen und ein zweites Verfahren nicht ordnungsgemäß eröffnet und durchgeführt worden ist. Aus diesem Grund haben wir Ende März im Hessischen Landtag einen Untersuchungsausschuss beantragt, der ab Mitte April seine Arbeit aufnehmen wird, um die Sachlage zu klären. Hier bin ich als Obfrau seitens meiner Fraktion ernannt worden.

3. Justizvollzug und Rechtspolitik

Vorsitzende des Unterausschusses für den Justizvollzug

Einführung



Dem Unterausschuss Justizvollzug gehöre ich seit 2003 an. Seit April vergangenen Jahres leite ich den Ausschuss als Vorsitzende.

Der Ausschuss befasst sich unter anderem mit allgemeinen und speziellen Fragen der Vollzugspolitik und Vollzugspraxis, des Neu-, Aus- und Umbaus hessischer Justizvollzugsanstalten, der Aus- und Fortbildung hessischer Vollzugsbediensteter und mit Aspekten der Sicherheit in den Anstalten.

Das Ministerium der Justiz erstattet in jeder Sitzung des Ausschusses einen Bericht über aktuelle Vorkommnisse über die Situation im Strafvollzug. Bei Besuchen vor Ort in den

Justizvollzugsanstalten informiere ich mich gemeinsam mit den anderen Ausschussmitgliedern der SPD gezielt über Anspruch und Wirklichkeit im Spannungsfeld von Resozialisierung und dem Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Unterausschusses Justizvollzug liegt auf der Behandlung der Anliegen hessischer Strafgefangener, die in Form von Petitionen an den Hessischen Landtag herangetragen werden.

Darüber hinaus spielen die Anliegen der Justizvollzugsbeamtinnen und -beamten eine große Rolle.

Strafvollzugsgesetz

Im April diesen Jahres haben wir unseren sozialdemokratischen Gesetzentwurf zur Regelung des Strafvollzugs in Hessen vorgestellt. Unser oberstes Ziel im Strafvollzug ist die Resozialisierung der Gefangenen, deren komplette Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Auf dem Weg dahin gilt es, ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung zu schaffen. Am Ende des Vollzugs, den wir jetzt 'Chancenvollzug' nennen, muss ein Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung stehen.

Nach sozialdemokratischer Lesart dürfen Sicherheit und Resozialisierung nicht gegeneinander gestellt und ausgespielt werden. Die Verfassung sieht den Vorrang der Resozialisierung, weil die Re-Integration eines straffällig gewordenen Menschen in die Gesellschaft den besten Schutz vor neuer Gewalt und Kriminalität darstellt.

Aus Sicht der SPD-Fraktion müssen der geschlossene Vollzug und eine eigenständig offene Vollzugsform grundsätzlich als Vollzugsvarianten erhalten bleiben. Möglichkeiten des offenen Vollzugs gehören für uns zu einem Chancenvollzug dazu. Wer die Tür zu offenen Formen zumacht, der schafft nicht mehr Sicherheit für die Bevölkerung. Das SPD-Vollzugskonzept bedeutet in der Umsetzung ein Mehr an Personal- und Sachkosten, bietet aber durch die Verminderung und Vermeidung von Rückfällen den Bürgern mehr Schutz als heute.

Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

Bereits seit der letzten Legislaturperiode diskutiert der Hessische Landtag kontrovers über einen Gesetzentwurf von Bündnis 90/ Die Grünen zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Die SPD hat nach der Sommerpause letzten Jahres einen eigenen Entwurf eingebracht. Die Diskriminierung Homosexueller muss beseitigt werden und die Gleichstellung zwischen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern und Ehepartnern, wie es auch das Bundesverfassungsgericht vorsieht, muss vorangetrieben werden. Viele Aspekte sind auf landesrechtlicher Ebene zu regeln, wie z.B. versorgungsrechtliche Fragen. Auch sind lesbische Beamtinnen und schwule Beamte in der Beihilfe, Besoldung und Hinterbliebenenversorgung mit ihren heterosexuellen Kollegen gleichzustellen. Die SPD begrüßte im März dieses Jahres, dass nun endlich nach dem eigenen Gesetzentwurf auch die Landesregierung ein Gesetz vorgelegt hat. Leider bleibt es aber in zentralen Punkten hinter dem der SPD und auch dem von Bündnis 90/Die Grünen zurück.

Haus des Jugendrechts

Die SPD hat die Schaffung von Häusern des Jugendrechts bereits im Jahre 2006 im Hessischen Landtag beantragt und wurde jahrelang blockiert, bis endlich im April 2008 unter der geschäftsführenden Landesregierung mit großem Druck der Oppositionsmehrheit die Schaffung eines Hauses des Jugendrechts in Frankfurt angekündigt wurde. Dort soll Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe zusammengeführt werden. Aber erst Ende letzten Jahres hat die jetzige Landesregierung nun endlich unsere Idee aufgenommen und beginnt mit der Umsetzung. Leider sind diese vier Jahre verschenkte Jahre, weil unabhängig von der Schaffung solcher Einrichtungen seit vielen Jahren finanzielle Einschnitte der Landesregierung dazu geführt haben, dass wichtige präventiv wirkende und damit Jugendkriminalität verhindernde Projekte ersatzlos gestrichen werden mussten. Die Situation wird angesichts des Griffs in die Kassen der Kommunen nun ein weiteres Mal verschärft, aber dennoch gilt „besser spät als nie“.

Wolski-Affäre

Die seit Jahren unter Steuerhinterziehungsverdacht stehende Richterin des hessischen Staatsgerichtshof, Karin Wolski, ist endlich Ende März von ihrem Amt zurückgetreten. Eigentlich viel zu spät, wenn man sich zum einen der Würde dieses Amtes bewusst ist und zum anderen die Chronologie noch einmal genauer betrachtet. Bereits im Jahre 2003 erhoben Mitglieder einer angesehenen Frankfurter Unternehmerfamilie Strafanzeige gegen den Ehemann von Karin Wolski, einen Frankfurter Rechtsanwalt, wegen Verdacht auf Veruntreuung von Geldern. Ein Jahr später wurden auch gegen Frau Wolski Vorwürfe erhoben. Sie wurde seitens des Justizministeriums aber geschützt und musste nicht aussagen. Außerdem wurden keine Ermittlungen aufgenommen. Die Vorwürfe gegen ihren Mann waren so groß, dass Frau Wolski im Jahre 2005 auf die Kandidatur für das Oberbürgermeisteramt in Offenbach verzichtete. Danach ruhte der Fall einige Jahre, bis im Jahr 2008 die Staatsanwaltschaft Darmstadt erneut Anklage gegen Herrn Wolski erhob wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung. Im Jahre 2009 wurde die Anklage gegen den Rechtsanwalt um den Verdacht auf Hinterziehung von Steuern erweitert. Hierbei ging es um wertvolle Schenkungen aus der von ihm beratenden Unternehmerfamilie. Ende 2009 begann der Prozess. Anfang diesen Jahres räumte der hessische Finanzminister Weimar vor dem Haushaltsausschuss des Hessischen Landtags ein, dass die Finanzämter beim Umgang mit dem Fall Wolski Fehler gemacht hätten. So hatte das Ehepaar z.B. jahrelang keine Steuererklärung abgeben müssen. Ende März verurteilte das Landgericht Darmstadt Herrn Wolski wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe zu 3 Jahren Haft. Erst danach zog Frau Wolski die Reißleine und trat von ihrem Amt zurück.



4. Außerparlamentarische Arbeit

4.1. Teilnahme am Internationalen Besucherprogramm der Vereinigten Staaten



Im März diesen Jahres war ich für drei Wochen auf Einladung der Vereinigten Staaten von Amerika Teilnehmerin eines Internationalen Besucherprogramms mit dem Thema „Frauen und Recht“. Als einzige Repräsentantin aus Europa besuchte ich mit 15 Teilnehmerinnen aus aller Welt Institutionen und Einrichtungen der

Justiz, des Justizvollzugs der Polizei und von Nichtregierungsorganisationen in fünf Bundesstaaten, unter anderem den Supreme Court in Washington D.C.



4.2. Kommunalpolitische Runde Leiterin der Kommunalpolitischen Runde

Die SPD-Landtagsfraktion trifft sich alle vier Wochen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, um anstehende kommunalpolitische Fragen gemeinsam zu diskutieren, Ideen auszutauschen und politisches Vorgehen abzustimmen. Diese Runde ist das wichtigste kommunalpolitische Koordinierungsorgan.

4.3. Botschafterin der Petra-Lustenberger-Stiftung

Seit nunmehr zwei Jahren bin ich Botschafterin der Petra-Lustenberger-Stiftung, die mit innovativen Ideen und kreativen Projekten Gelder für Kinder in Not und Armut weltweit sammelt. Beachtlich ist, dass sie dabei ohne Verwaltungskosten auskommt. Sie hat nicht nur eine Suppenküche in Namibia eröffnet, sondern auch einen Sozialfonds für arme Familien in ihrer eigenen Heimatstadt Hochheim am Main eingerichtet. Die vorbildliche Arbeit der Petra Lustenberger Stiftung hat mich von Anfang an begeistert und meine Unterstützung gefunden. Als Sozialdemokratin ist es für mich von ganz besonderer Bedeutung den Schwächeren, nicht nur in unserer Gesellschaft, zu helfen und ihnen eine solide Möglichkeit zu bieten, einen festen Platz in unserer Gesellschaft zu finden.

Das weiße Schaf „Martha“ kann für 5 € und das schwarze Schaf „Aylin“ für 7,50 € im Bürgerbüro erworben werden. Das komplette Geld geht direkt an die bedürftigen Kinder.



Allgemeiner Landespolitischer Bericht

Steuerfahnder-Affäre

Bereits seit 2008 beschäftigte sich der Hessische Landtag mit dem Fall von vier ehemaligen Steuerfahndern, die mit Hilfe von umstrittenen psychiatrischen Gutachten zwangspensioniert wurden. Trotz mehrfachen Anfragen seitens der SPD auf Aufklärung, schwieg Finanzminister Weimar über Monate zu den Vorwürfen. Als im Januar diesen Jahres ein privates Rechtsgutachten eines Bundesverwaltungsrichters ergibt, dass die oberste Dienstbehörde ihrer Prüfungspflicht nicht nachkam erneuerte die SPD Landtagsfraktion ihre Forderung an den CDU Minister, die Zwangspensionierung der Steuerfahnder zurückzunehmen. Minister Weimar wies die Vorwürfe zurück, aber Fragen blieben. Aus diesem Grund wurde Ende Januar die Einsetzung eines Untersuchungsausschuss beantragt, der im Februar seine Arbeit aufgenommen hat.



Nachtflugverbot / Lärmstudie / Enquete Fluglärm

Die Diskussionen um das Nachtflugverbot gingen auch in der zweiten Jahreshälfte 2009 unvermindert weiter und fanden ihren Höhepunkt im Dezember 2009, wo auf Wunsch der Opposition eine Sondersitzung des Hessischen Landtags stattfand. Wir als SPD Fraktion hatten zu der Sondersitzung einen dringlichen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem wir den „kaltblütigen Wortbruch beim Ausbau des Frankfurter Flughafens“ durch die schwarz-gelbe Landesregierung verhindern wollten. Am Tag der Sondersitzung kamen sämtliche SPD Bürgermeister der vom Ausbau betroffenen Städte und Gemeinden in den Landtag, um an der Sitzung teilzunehmen. Die SPD Hessen startete an diesem Tag die Aktion „Nachtflugverbot Jetzt“, wo sie Unterschriften für ein Nachtflugverbot unter www.spd-hessen.de/Nachtflugverbot sammelt. Eine vollständige Dokumentation des Wortbruchs von CDU und FDP beim Nachtflugverbot findet man unter



http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc_27332_2010126103522.pdf

Eine Studie rings um den Flughafen Köln/Bonn hat nachgewiesen, dass Fluglärm krank macht. Die in Flörsheim präsentierte Studie von Prof. Greiser stellt einen Zusammenhang zwischen Fluglärm und erhöhtem Schlaganfallrisiko und Herzerkrankungen her. Im Main Taunus Kreis befürchteten wir als Sozialdemokraten ein noch düsteres Bild als in der Köln/Bonner Studie und forderten eine eigene Studie für Rhein-Main. Die Landes-CDU unter Roland Koch, selber Bewohner des Kreises, lehnte eine solche Studie jedoch im Landtag ab. Wir sehen darüber hinaus auch die Landkreise in der Pflicht, sich an den Kosten zu beteiligen. So stellte die SPD Kreistagsfraktion in ihrer letzten Kreistagssitzung den Antrag an den Main Taunus Kreis, sich an den Kosten der Studie zu beteiligen.



Aufgrund dieser neuen Tatsachen haben SPD und Grüne im April beantragt, im hessischen Landtag eine Enquetekommission einzusetzen, um die Risiken und Folgen von Fluglärm für das Rhein-Main-Gebiet genauer zu beleuchten. Vorgesehen ist unter anderem, die momentane Belastung durch Lärm des Frankfurter Flughafens zu erfassen. Auch soll geprüft werden, ob aufgrund des aktuellen Forschungsstandes die gesundheitlichen Folgen von Fluglärm neu bewertet werden müssen.

Gesetz zu erneuerbaren Energien

Die SPD zeigt mit einem eigenen Gesetzentwurf, dass die Energiewende in Hessen machbar ist. Dieser Gesetzentwurf für den ‚Vorrang Erneuerbarer Energien‘ ist ein Meilenstein, der die Energiewende hin zur Ersetzung von Atom- und Kohlestrom markieren kann.

Dass wir mit unserem Energie-Konzept auf dem richtigen Weg sind, bestätigt eine Studie aus den USA, nach der Deutschlands Vorreiterrolle bei Erneuerbaren Energien auf den erfolgreichen staatlichen Anschlag (durch das von der SPD initiierte EEG) zurückzuführen ist. Es geht nicht nur darum, Hessen als derzeitiges Entwicklungsland in Sachen regenerativer Energien weiterzuentwickeln, sondern den Anschluss an den Markt nicht zu verlieren. Schließlich geht es bundesweit um mehrere hunderttausend Arbeitsplätze. Eckpunkte unseres Gesetzentwurfs:

- 1,5% der Landesfläche als Vorranggebiete vorsehen und Regionalpläne entsprechend anpassen.
- Energieeffizienz deutlich erhöhen, z. B. bei öffentlichen Gebäuden, Fuhrpark des Landes etc.
- Für den Gebäudebestand des Landes einen energetischen Sanierungsplan zu erstellen.
- Landeskataster für Erneuerbare Energien, das alle Potenziale für die regenerative Energieerzeugung ermittelt und für deren Erschließung sorgt.
- Verbesserung der Energieberatung.
- Vorrang für Solarthermie bei der Wärmegewinnung.
- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung bei der Planung von Windenergiestandorten.

4. Bildung – Änderung des Hessischen Schulgesetzes

Im Hinblick auf die anstehende Novellierung des Hessischen Schulgesetzes durch die Landesregierung hatte die SPD-Fraktion Ende März eigene Eckpunkte für das Schulgesetz vorgelegt, die insbesondere die Chancengleichheit von Schülern hervorheben sollte.

Wir brauchen ein Schulgesetz, das beantwortet, wie die Abhängigkeit zwischen Herkunft und Bildungserfolg verringert werden kann, wie Chancengleichheit und individuelle Förderung umgesetzt werden können. Die Schuleingangsstufe muss zur Regeleinrichtung gemacht. Außerdem will die SPD die Verkürzung in der Mittelstufe zurücknehmen und eine individuelle Lernzeitverkürzung in der Oberstufe einführen. Die SPD-Fraktion vertritt mit der Forderung nach der Rücknahme von "G8" auch die Position von Landeselternbeirat und Landeschülervertretung. Das Projekt der eigenverantwortlichen Schulen droht zu scheitern. Die Schulen müssen endlich wissen, welche organisatorischen, pädagogischen und finanziellen Freiräume sie haben. Wir forderten weiterhin, von der Totgeburt der Mittelstufenschule Abstand zu nehmen und den Weg für gemeinsames Lernen zu öffnen. Es wird keine Wiederbelebung der Hauptschule geben, dagegen sprechen nicht nur sinkende Schülerzahlen. Ziel muss deshalb eine Schule sein, die alle Abschlüsse offenhält und die dafür ausgestattet ist, jedes Kind seinen Begabungen und Interessen entsprechend zu fördern.

5. Gründung eines Eintrachtfanclubs im Hessischen Landtag

Im September vergangenen Jahres wurde auf meine Initiative hin ein parteiübergreifender Fanclub von Eintracht Frankfurt im Hessischen Landtag gegründet. Mittlerweile haben wir mehr als 50 Mitglieder und haben schon einige gemeinsame Aktionen gemacht, unter anderem ein Besuch im Eintracht-Museum im Stadion sowie eine ausführliche Führung durch das Stadion inklusive Stadionkapelle. Ein weiterer Höhepunkt war der gemeinsame Besuch des Spiels gegen Werder Bremen, wo wir unsere Mannschaft beim Siegen zuschauen durften.



Kontakt:

Anschrift:

Bürgerbüro
Nancy Faeser MdL
Nordring 33
65719 Hofheim a. T.

eMail:

mail@nancy-faeser.de

Telefon:

06192 – 97 777 77

Fax:

06192 – 97 777 66

Internet:

www.nancy-faeser.de

Mein Team:



Aylin Fischer



**Sven
Klingelhöfer**



Daniela Beck



Rezwan Haque

(Berufspraktikant 2009/2010)

Das Bürgerbüro bietet Praktikanten aus Schule und Universität regelmäßig die Möglichkeit, Einblicke in die politische und organisatorische Arbeit im Hessischen Landtag (Besuch von Plenarsitzungen, Fraktionssitzungen, usw.) und im Bürgerbüro zu bekommen. Schriftliche Bewerbungen bitte an das Bürgerbüro schicken.

Um die Stellung unserer Bürgerinnen und Bürger in unserem Büro als „Kunden“ hervorzuheben und die Wichtigkeit dieser zu unterstreichen, haben wir uns Anfang diesen Jahres entschieden, das „Wahlkreisbüro“ in ein „Bürgerbüro“ umzubenennen.